

"Deutschland ist kein Einwanderungsland"

Flugblatt der Initiative gegen Rassismus, Darmstadt

Mit der Beteuerung "Deutschland ist kein Einwanderungsland" zeigte Bundeskanzler Kohl seine Entschlossenheit, auch zukünftig an einer restriktiveren Ausländerpolitik festzuhalten. Vor wenigen Tagen einigte sich die Regierungskoalition darauf, die bereits letztes Jahr angegangene Novellierung des Ausländergesetzes zu Ende zu bringen. Der nun vorliegende Entwurf soll zur Grundlage eines neuen Gesetzespaketes werden, das die Rechte der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer weiter stark einschränkt. So werden die Möglichkeiten eine Aufenthaltserlaubnis- oder berechtigung zu erhalten erschwert, darüberhinaus die Liste der Ausweisungsgründe verlängert. Der im Jahre 1973 von der sozialliberalen Koalition in Kraft gesetzte Anwerbestopp soll nun gesetzlich normiert werden.

Der "uferlosen Einwanderung", so der ehemalige Innenminister Zimmermann, soll nun endlich Einhalt geboten werden. Glaubt man dem CDU-Bundestagsabgeordneten Lummer, so ist eine Verschärfung der Ausländerpolitik notwendig, da "die anhaltende Arbeitslosigkeit nicht zuletzt an der Zuwanderung von außen" liege. Diese Argumentation, die in den letzten Jahren stark forciert wurde, soll in der deutschen Bevölkerung das Bild vermitteln, Ausländer seien die Schuldigen an ständigem Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit. Der wachsende Unmut gegen unpopuläre Maßnahmen der Regierung und der Unternehmer soll dadurch in ausländerfeindliche Kanäle gelenkt werden.

Betrachtet man sich die Realität, erweist sich jedoch schnell, daß diese Schuldzuweisung keinerlei Grundlage hat. Eine Vielzahl der Geschäftsberichte deutscher Unternehmen zeigt positive Entwicklungen in der Erfolgsbilanz des vergangenen Jahres. Oft wird ausdrücklich betont, daß dies aufgrund von Personalabbau und Rationalisierungsmaßnahmen erreicht werden konnte. Der Motorsägen-Hersteller Stihl in Waiblingen erklärte kürzlich, daß sich der Stellenabbau von 260 Arbeitsplätzen "positiv" auf die Ertragslage des Unternehmens ausgewirkt habe. Im letzten Jahr wurden dort Erlöse in der Höhe von 566,7 Millionen Mark erzielt, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von knapp 5% entspricht. Es zeigt sich also allein an diesem Beispiel deutlich, daß Unternehmer bei ihren Entscheidungen keinerlei Interesse am Erhalt von Arbeitsplätzen haben, sondern daß diese letztlich nur an der Steigerung ihrer Gewinne orientiert sind. Für die Arbeitgeber zählt der Profit, nicht sentimentale Anhänglichkeit an deutsche Arbeiter.

Wir müssen uns gegen die Verschleierungspolitik der Regierung zur Wehr setzen. Dazu ist es erforderlich, die Vorstellung, Ausländer seien eine Bedrohung für unsere Arbeitsplätze, zu bekämpfen. Ausländer sind nicht unsere Konkurrenten, sondern Mitstreiter im Kampf für mehr Rechte und bessere Lebensbedingungen. Deshalb fordern wir :

**Weg mit dem Ausländergesetz
Gleiche Rechte für Alle**

INITIATIVE GEGEN RASSISMUS, Darmstadt

Die Initiative trifft sich donnerstags um 19.30 in der TH Darmstadt,
Altes Hauptgebäude, Raum 25